

Von Freiheit, Exzellenz und Internationalität

von Bundeskanzlerin Angela Merkel

Ich freue mich natürlich, heute hier in München und gleichzeitig bei der Jahresversammlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft zu sein. Ich habe meine München-Aufenthalte noch gar nicht gezählt, Herr Huber, aber vielleicht könnten Sie weiterhin Buch führen, damit ich immer auskunftsfähig bin. Dann weiß ich, wo ich es abrufen kann.

Ich freue mich, dass ich hier, an der LMU, sein kann; denn Ihre Universität hat nun wirklich eine lange Geschichte. Bis in das Jahr 1472 geht sie wohl zurück. Aber sie ist als Ort, an dem die „Weiße Rose“ und die Geschwister Scholl gewirkt haben, eben auch ein Ort, an dem Freiheit, Engagement und Zivilcourage eine Heimat haben. Sie ist damit beispielhaft für den Gedanken der Universitäten in Deutschland. Sie hat also nicht nur eine lange Tradition, sondern ist – das muss man für die heutige Ludwig-Maximilians-Universität sagen – auch ein Ort von herausragenden Leistungen. Stellvertretend dafür darf ich sicherlich Professor Hensch nennen, den letzten deutschen Nobelpreisträger, der seine Heimat an dieser Universität hat.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft ist, wenn es um die Leistungsfähigkeit geht, die Institution, die man sozusagen als Motor und Hüter dieser Leistungsfähigkeit bezeichnen kann. Ich hoffe, ich trete den selbstverwalteten Universitäten damit nicht zu nahe. Sie fördert aber Exzellenz, Wettbewerb und Internationalität nicht nur an Universitäten, sondern natürlich auch an Forschungseinrichtungen oder in Kooperationen mit der Wirtschaft.

Wenn ich die drei Worte Freiheit, Exzellenz und Internationalität nenne, dann ist das etwas, wofür natürlich immer wieder strukturell und institutionell gearbeitet werden muss. Deshalb können wir auf die Institution der Deutschen Forschungsgemeinschaft stolz sein. Ich möchte das verbinden, Herr Professor Winnacker, mit einem ganz herzlichen Dankeschön an Sie, an Ihre Kollegen, an die, die hauptamtlich in der Deutschen Forschungsgemeinschaft tätig sind, aber vor allem auch an die, die sich viele Stunden als Gutachter und anderweitig für eine solche Institution einsetzen. Das ist ein Sys-

tem, das weltweit geachtet und bewundert wird, das sich bewährt hat und für das ich Ihnen, Herr Professor Kleiner, bei der Leitung alles Gute wünsche.

Wenn ich heute hier zu dieser Festversammlung spreche, dann tue ich das für eine Bundesregierung und auch als Bundeskanzlerin, die sich gewiss ist, dass die Frage von Forschung und Innovation heute wie vielleicht noch nie zuvor darüber entscheiden wird, in welcher Art und Weise Deutschland seine Herausforderungen und Probleme bewältigen wird, in welcher Art und Weise wir unseren Wohlstand in den nächsten Jahren werden sichern können und wie wir den globalen, sozialen und ökologischen Herausforderungen gerecht werden.

Dieses Gerecht-Werden ist im Augenblick natürlich nicht mehr selbstverständlich. Das spüren viele Menschen. Wir haben mit dem heutigen Tag über 4,5 Millionen Arbeitslose. Wir haben eine nicht gewährleistete Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme. Wir haben rasante Verschärfungen des Wettbewerbs. Wir haben Länder, die auch spüren, dass sie ihren Menschen Wohlstand geben wollen. Deshalb stehen wir mit all dem, was die Bundesrepublik Deutschland stark gemacht hat, vor einer großen Bewährungsprobe; allen voran die Institutionen, die dafür garantieren, dass Innovation und Kreativität auch wieder die Grundlage von Wohlstand und Fortschritt werden können.

Was vielen einmal selbstverständlich erschien, nämlich dass Deutschland ein Land der Nobelpreisträger, der Ideen und der neuen Produkte war, dass bahnbrechende Erfindungen in Deutschland nicht nur getätigt, sondern anschließend auch umgesetzt wurden, das ist heute nicht mehr von sich aus selbstverständlich.

In diesem Exkurs veröffentlichen wir – teilweise leicht gekürzt – die Ansprachen von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, DFG-Präsident Prof. Dr. Ernst-Ludwig Winnacker und des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Dr. Thomas Goppel, die anlässlich der Jahresversammlung der Deutschen Forschungsgemeinschaft am 31. Mai 2006 in München gehalten wurden.

„Holzhacken ist deshalb so beliebt, weil man bei dieser Tätigkeit den Erfolg sofort sieht“, hat Albert Einstein einmal gesagt. Ich glaube, er hat dabei in Betracht gezogen, dass es bei der Wissenschaft und bei der Innovation weniger um Holzhacken als vielmehr um das Bohren dicker Bretter geht, um die Fähigkeit, auch einfach Zutrauen zur Grundlagenforschung zu haben, die Verbindung von Grundlagenforschung und angewandter Forschung richtig zu setzen und dann aus den Ideen auch Produkte werden zu lassen.

Wir können stolz sein auf unsere Tradition, aber wir müssen heute neu über unsere Rahmenbedingungen nachdenken. Deshalb ist die Bundesregierung an dieser Stelle gefordert. Wir wissen, dass hinsichtlich des Ziels, – nämlich dass wir unseren Wohlstand erhalten, vielleicht sogar mehren können, wenn es sehr gut läuft; aber schon für das Erhalten werden wir hart arbeiten müssen –, es eine Mindestvoraussetzung ist, dass wir 3 % des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland für Forschung und Entwicklung ausgeben.

3 % des Bruttoinlandsprodukts – das bedeutet, dass einerseits die Bundesregierung und die Länder ihren Beitrag dazu leisten müssen. Wir werden das tun. Bis zum Jahr 2009 wollen wir 6 Milliarden Euro mehr für Forschung und Entwicklung ausgeben, als wir es bisher getan haben. Die Länder müssen ihren Teil – etwa 4 Milliarden Euro – dazu beisteuern. Hier in Bayern ist die Sache, dass der Freistaat seinen Beitrag leisten wird, nicht so kompliziert. Bei anderen muss man noch ein bisschen nachhelfen.

Andererseits haben wir die Aufgabe, die Industrie zu bewegen bei der derzeitigen Aufteilung von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben zwei Drittel dazu beizutragen, also ihren Anteil erheblich zu erhöhen. Darüber, ob das zu schaffen ist, muss es einen intensiven Dialog geben, den die Bundesforschungs- und -bildungsministerin mit den Wirtschaftsunternehmen führen wird. Ich möchte Sie alle hier ermutigen, mit ihren Wirtschaftspartnern – viele von Ihnen haben solche – genau darüber zu sprechen. Auch hierbei kommt es darauf an, vielleicht manchen Business-Plan noch einmal zu überdenken. Hierbei kommt es sicherlich auch darauf an, dass die Bundesregierung nicht nur Geld gibt, sondern auch die jeweiligen Rahmenbedingungen schafft, unter denen Unternehmen Forschung und Entwicklung in Deutschland durchführen können. Unser Wille ist auf der einen Seite vorhanden, aber auf der anderen Seite muss die Verzahnung mit der Wirtschaft noch erfolgen.

Wir wollen dieses zusätzliche Geld in drei großen Feldern ausgeben, zum einen für die Stärkung von Spitzen- und Querschnittstechnologien. Es gibt 17 solcher Tech-

nologiefelder, und dazu zählt das, was Ihnen allen bekannt ist: die IT-Technologien, die Bio-, Nano- und Raumfahrttechnologie, die Gesundheits- und Energieforschung sowie Sicherheit, Umwelt und Mobilität.

Was ich Ihnen von der neuen Bundesregierung berichten kann, ist, dass wir im Augenblick in einem Geiste arbeiten – ich hoffe, dieser Geist wird sich fortsetzen –, in dem das Ressortdenken, das auch sehr häufig die Ausgabe von den jeweiligen Ressorts zur Verfügung stehenden Mitteln dominiert, zugunsten einer gemeinschaftlichen Strategie von Forschungs- und Entwicklungsaufgaben in den Hintergrund getreten ist, dass das Ganze durch die Bildungs- und Forschungsministerin koordiniert wird und dass sich die bundeseigenen Forschungs-

einrichtungen jetzt auch dazu bereit erklärt haben, sich einer Begutachtung zu unterziehen. Wir haben dafür geworben, dass die jeweiligen Ergebnisse dann nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch umgesetzt werden. Ich glaube, das ist ein wichtiger, richtiger und auch notwendiger Schritt, um als Regierung einfach auch zu beweisen, dass wir uns dem Qualitäts-

Benchmarking stellen. Ich finde auch, das verdient ein bisschen Beifall. Das ist nämlich gar nicht so einfach. Als ich Umweltministerin war, wollte man mir auch etwas zumachen. Da verlässt einen der Mut sehr schnell. Insofern brauchen wir dabei noch viel Ermutigung durch diejenigen, die Gutachten erstellen.

Der zweite Ansatzpunkt ist die Stärkung des Innovationsmotors Mittelstand. Der Mittelstand ist einerseits das Rückgrat von Beschäftigung und Ausbildung. Auf der anderen Seite hat er aber mit der Anpassung an die Herausforderungen der Globalisierung sehr große Schwierigkeiten. Die Eigenkapitalausstattung ist oft nicht ausreichend, und insofern ist es sehr wichtig, dass dem Mittelstand die notwendigen Ressourcen und Fähigkeiten zur Verfügung stehen, um an der Forschung und Entwicklung teilzuhaben. Denn Innovation entscheidet heute auch über die Zukunftsfähigkeit von Unternehmen – nicht nur von großen Unternehmen, sondern eben auch von kleineren Unternehmen.

Wir brauchen natürlich auch die Stärkung der Leistungsfähigkeit und der internationalen Attraktivität des deutschen Wissenschaftssystems selbst. Dabei geht es vor allem um die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Begabtenförderung. Auch das muss ein wichtiger Schwerpunkt sein. Wir werden im Sommer, damit wir dann auch wirklich wissen, was wir mit den 6 Milliarden Euro tun, eine so genannte „High Tech-Strategie“ verabschieden, damit das, was wir an Geld haben, auch sinnvoll ausgegeben wird. Ich glaube, wir haben an den Hochschul- und Forschungseinrich-

Die Forschung in Deutschland benötigt nicht nur finanzielle Mittel, sondern zugleich gute Rahmenbedingungen

tungen durch die Exzellenzinitiative einen wirklich wichtigen Schritt in der Bundesrepublik Deutschland geschafft. Es ist ein neuer Wind an die Hochschulen gekommen. Herr Professor Winnacker, wir haben in anderer Konstellation, als ich noch nicht Bundeskanzlerin war, viel über die Ausgestaltung dieser Exzellenzinitiative gesprochen. Es hat lange gedauert, trotzdem bin ich stolz darauf, dass sie jetzt strukturell einigermaßen gelungen ist. Dafür ist es notwendige Voraussetzung zu akzeptieren, dass eine solche Exzellenzinitiative wirklich zu dem führt, was jetzt passiert, nämlich dass es Freud und Leid gibt. Es war klar: Wenn es um wirkliche Exzellenz geht, wird es nicht nur freudige Signale geben, sondern es wird auch leidvolle Signale geben.

Genau das passiert jetzt. Die, die bedacht werden oder bedacht worden sind, sind hochofren. München geht mit hoch erhobenem Kopf aus der Sache hervor. Im Norden sind die Köpfe etwas gesenkter.

Es wird jetzt natürlich darüber debattiert, wie wir zu einer ausgewogenen Forschungslandschaft kommen können. Aber ich bin zutiefst davon überzeugt:

Wir werden niemals zu einer ausgewogenen Forschungslandschaft kommen, wenn wir nicht einmal Rechenschaft über die Fähigkeiten der einzelnen Forschungsinstitutionen ablegen. Nur die klare Analyse kann uns helfen, die Starken zu stärken und auch den Schwächeren zu helfen, stärker zu werden. Deshalb war dieser Schritt absolut notwendig.

Auch hierbei gilt ein herzliches Dankeschön der Deutschen Forschungsgemeinschaft und dem Wissenschaftsrat, die das Wettbewerbsverfahren glänzend umgesetzt haben und auch immer noch damit beschäftigt sind. Das Ganze hat an vielen Stellen zu einer unglaublichen Belebung und im Übrigen auch zu einer großen Bereitschaft zu Kooperationen über einzelne Hochschul- und Universitätsgrenzen hinweg geführt. Auch dieser Vernetzungsgedanke kann sich natürlich sehr viel besser ausbreiten, wenn es gelingt, Anreize dafür zu schaffen, Leute für Projekte zusammenzubringen, die sinnvoll sind. Deshalb halte ich das Ganze für eine hervorragende Idee.

Ich will an dieser Stelle, Herr Professor Huber, vielleicht gleich auf Ihre Sorgen hinsichtlich des EIT, des European Institute of Technology, eingehen. Ich teile diese Sorgen und werde – obwohl es immer schwierig ist, wenn man an Dinge herangeht, die schon eine Vorgeschichte haben –, versuchen, zusammen mit Frau Dr. Schavan auch unter Ausnutzung unserer Präsidentschaft etwas Vernünftiges daraus zu machen. Das Schwierige ist, dass die Vorstellungen darüber, was dabei das Endprodukt sein soll, relativ unbestimmt sind.

Wenn die Vorstellungen, was hinten herauskommen soll, unbestimmt sind, dann sind natürlicherweise auch die Wege zu dem Ganzen sehr unklar. Mein Einwand, ob man das Ganze nicht vom European Research Council begutachten lassen könnte, hat erst einmal wahnsinniges Kopfschütteln hervorgerufen, woraufhin ich sagte, dann könnte es aber auf gar keinen Fall das werden, was ich mir unter einer exzellenten Universität, Hochschule oder einem Institut à la EIT vorstellen könnte.

Unsere Herangehensweise ist jetzt – immer mit Hilfe dieses European Research Council, von dem wir denken, dass es etwas werden wird, das strukturell den erfolgreichen deutschen Wissenschaftsinstitutionen entspricht –, zum Schluss ein Produkt zu Stande zu bringen, das sich

entweder in Ruhe entwickeln kann oder aber ein Netzwerk von Exzellenz ist, bei dem die Exzellenz aber auch immer wieder überprüft wird. Wir alle wissen, dass es im Grunde keine völlig exzellente Institution gibt und dass man sie schon gar nicht aus dem Nichts schaffen kann, sondern dass immer wieder die folgende Begutachtung, das Wachsen und das Verwobensein be-

heimatet sein müssen. Dass diese ganze Gestaltung für die Europäische Union kein einfacher Prozess ist, ist klar.

Es geht also um Netzwerke, aber diese Netzwerke dürfen nicht für 100 Jahre festgeschrieben werden, sondern sie müssen sich natürlich immer wieder bewähren. Dafür brauche ich den Gemeinschaftsgedanken. Vielleicht werden wir dann in Brüssel oder irgendwo anders einen Ort finden, an dem ein guter Weinkeller für dieses EIT angelegt wird. Das ist dann der Ort, an dem man sich versammelt und an dem ansonsten die exzellenten Forschungsgruppen tätig sein werden.

Ich bin mir vollkommen bewusst: Wenn in Europa Geld für so etwas investiert wird, muss es mit einer Chance auf einen Erfolg angelegt sein. Deshalb werden wir mit Argusaugen darüber wachen, und ich bitte Sie alle: Motivieren Sie Ihre Forschungskollegen in den anderen europäischen Ländern, nicht dem Regionalprinzip zu folgen, sondern wirklich dem Erfolgsprinzip. Europa ist dazu verpflichtet, auch entsprechend der Lissabon-Strategie, erfolgreich zu sein. Deshalb wird während unserer EU-Ratspräsidentschaft das Thema Forschung und Entwicklung auch eine der wichtigsten Aufgaben sein, mit der wir uns befassen werden, weil wir hierin einen ganz wesentlichen Schwerpunkt europäischer Tätigkeiten sehen. Aber es muss dann eben auch gelingen, dass wirklich Qualität der Maßstab europäischer Forschungsmittelvergabe ist und nicht Mitleidseffekte oder gewisse Konstellationen von Mitgliedsländern – das reicht nicht aus, und das wird Europa niemals in die Lage versetzen, wirklich erfolgreich zu sein.

Die Exzellenzinitiative hat zu einer nachhaltigen Belebung an den Hochschulen in Deutschland geführt

Meine Damen und Herren, wir werden nur dann wissenschaftlich erfolgreich sein, wenn wir insgesamt – insbesondere in unseren Hochschulen, aber auch in den Forschungseinrichtungen – ein Klima der Freiheit und auch des Zutrauens zu den jeweils Agierenden schaffen, so dass sie manche Probleme alleine lösen können. Das gilt für die Auswahl der Studierenden. Das gilt auch bei Spezialisierungen und der Herausbildung eines jeweils eigenen Profils. Das gilt für die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft, natürlich auch für die Möglichkeiten der Ausgründung, in der auch wirklich eigene „Incentives“ gesetzt werden, so dass man auch etwas davon hat und nicht nur anonyme Institutionen. Außerdem geht es um den Umgang mit den finanziellen Ressourcen.

Dort, wo man in diesen Tagen Universitäten – jedenfalls in unionsregierten Ländern – betritt, hat man es meistens mit Demonstrationen zu tun. Ich hatte den Eindruck, hier ist das relativ milde ausgefallen, oder Sie haben heute dafür gesorgt, dass es etwas feierlich aussieht, und ansonsten ist der Alltag etwas trübsinniger.

Mit zunehmendem Alter der Protestierenden wird wahrscheinlich auch der Zorn größer, weil die zu zahlenden Gebühren natürlich auch höher werden. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Bei den Langzeitstudenten gibt es sowieso kein Pardon, weil die Mittel, die heute in universitäre Ausbildung gesteckt werden, verglichen mit Dingen, die wir an anderer Stelle nicht mehr leisten können, so groß sind, dass es eine Pflicht für jeden Studierenden gibt, schnell fertig zu werden und seine Ausbildung vernünftig zu beenden.

Das Zweite ist, dass ich das, was jetzt zur Verwendung für die Hochschulen an Hochschulgebühren eingenommen werden kann, auch für wirklich vertretbar halte. Es geht hierbei um ein Darlehen. Auch das wird in der öffentlichen Diskussion vergessen. Aber ich predige hier sowieso in einer Kirche, in der diese Predigt nicht notwendig ist. Ich glaube nur, dass die Gesamtheit, also die Auswahl der Studierenden, die Einbehaltung eigener finanzieller Ressourcen und die Ausbildung von eigenen Schwerpunkten, ganz wichtig dafür ist, die universitäre Landschaft in Deutschland weiter in Richtung Exzellenz zu entwickeln.

Um unsere Ziele für die Bundesrepublik Deutschland insgesamt zu erreichen, brauchen wir dann natürlich

auch dringend den Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Ich bin aus diesem Grunde froh, dass Heinrich von Pierer bereit war, den Vorsitz im Rat für Innovation und Wachstum zu übernehmen – einem kleinen Gremium, das dazu dienen soll, die Bundesregierung, mich, die Bundesbildungsministerin und den Bundeswirtschaftsminister auch persönlich im Umgang mit den Instrumenten der Forschungswissenschaft und Entwicklungsforschung sowie in der Frage von neuen Trends und Entwicklungen zu beraten, die wir im Auge haben müssen. Wir wissen, das sowohl im Urheberrecht als auch im Patentrecht unglaubliche internationale Entwicklungen im Gang sind. Wir wissen, dass der Schutz des geistigen Eigentums in der neuen Zeit ein wahnsinniges Problem ist. Wir wissen, dass die Frage, wie man öffentliche Forschung mit Finanzinstrumenten der freien Finanzwirtschaft verzahnt, und all diese Fragen durchdacht werden müssen. Dafür brauchen wir neue Instrumente und auch qualitativ neue Herangehensweisen. Denen kann sich die Politik nur stellen, wenn sie sich wirklich beraten lässt. Sie wissen es: In vier Jahren verdoppelt sich das Wissen der Menschheit. Das von Politikern halbiert sich in dieser Zeit hoffentlich nicht. Aber wir haben natürlich alle Mühe, rechtlich den Rahmen für schon stattgefundene Entwicklungen zu setzen. In diesem Bewusstsein arbeiten wir, und deshalb brauchen wir diesen engen Dialog.

Eine solche Festversammlung bietet die Gelegenheit, auch dafür zu danken, dass im Grunde alle von Ihnen zu einem solchen Dialog bereit sind, sich immer wieder Zeit nehmen und sicherlich manchmal über die mangelnde Lernfähigkeit von Politikern und die Schwierigkeiten der Umsetzung stöhnen. Da Sie aber alle auch selbst in Institutionen eingebunden sind, wissen Sie etwas über die Langsamkeit des Fortschritts. Wenn wir uns aber über die Zielrichtung einig sind, und das sind wir, nämlich dass Forschung, Entwicklung und Kreativität in einer freiheitlichen Atmosphäre die Grundlage für Wohlstand in der Zukunft sind, dann wird es gelingen, aus den Stärken Deutschlands auch im 21. Jahrhundert wieder etwas zum Wohle der Menschen zu machen. Ich lade Sie ein, mit dabei zu sein, lade Sie auch ein, uns zu kritisieren, wenn wir es nicht ausreichend tun, sage Ihnen aber: Wir machen unsere Arbeit mit Freude. –

Ein verstärkter Dialog zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft ist zukünftig unverzichtbar

vier Jahren verdoppelt sich das Wissen der Menschheit. Das von Politikern halbiert sich in dieser Zeit hoffentlich nicht. Aber wir haben natürlich alle Mühe, rechtlich den Rahmen für schon stattgefundene Entwicklungen zu setzen. In diesem Bewusstsein arbeiten wir, und deshalb brauchen wir diesen engen Dialog.

Eine solche Festversammlung bietet die Gelegenheit, auch dafür zu danken, dass im Grunde alle von Ihnen zu einem solchen Dialog bereit sind, sich immer wieder Zeit nehmen und sicherlich manchmal über die mangelnde Lernfähigkeit von Politikern und die Schwierigkeiten der Umsetzung stöhnen. Da Sie aber alle auch selbst in Institutionen eingebunden sind, wissen Sie etwas über die Langsamkeit des Fortschritts. Wenn wir uns aber über die Zielrichtung einig sind, und das sind wir, nämlich dass Forschung, Entwicklung und Kreativität in einer freiheitlichen Atmosphäre die Grundlage für Wohlstand in der Zukunft sind, dann wird es gelingen, aus den Stärken Deutschlands auch im 21. Jahrhundert wieder etwas zum Wohle der Menschen zu machen. Ich lade Sie ein, mit dabei zu sein, lade Sie auch ein, uns zu kritisieren, wenn wir es nicht ausreichend tun, sage Ihnen aber: Wir machen unsere Arbeit mit Freude. –

Im Wettbewerb um neues Wissen: Exzellenz zählt

von Ernst-Ludwig Winnacker

„Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen“. Unter dieses Motto, den Untertitel des utopischen Romans „Altneu-land“ von Theodor Herzl, mit dem er im Jahr 1902 den Wunsch nach einem Staat für die Juden unterstrich, unter dieses Motto hatte ich im vergangenen Jahr meine Ansprache an die Mitglieder und Gäste der Deutschen Forschungsgemeinschaft gestellt. Damals, bei unserer letzten Jahresversammlung, war der Traum von einer Exzellenzinitiative für das deutsche Forschungssystem gerade seit wenigen Tagen Wirklichkeit geworden. Aus dem Märchen „Exzellenzinitiative“ war ein Förderinstrument entstanden, das es nun zu realisieren galt, und zwar schnell. Schnell, denn die gut eineinhalb Jahre, die man zwischen Bund und Ländern für Verhandlungen aufgewandt hatte, diese Zeit war im Handumdrehen vergessen. Jetzt hatten wir, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und der Wissenschaftsrat, den „Staffelstab“.

Die Erwartungen waren und sind groß. Es geht um viel Geld – Geld, das in einem Wettbewerbsverfahren dem deutschen Forschungssystem, in erster Linie den auf Forschung ausgerichteten Universitäten, zur Verfügung gestellt werden soll. Seit wenigen Wochen liegt die erste Serie der Vollanträge zu Graduiertenschulen, Exzellenzclustern und zu Gesamtstrategien zur Spitzenforschung, wie die dritte Förderlinie genannt wird, vor und wartet auf die Begutachtung. Mit diesem Hinweis könnte ich es bewenden lassen und mich den wichtigen, auch für einen Forschungsförderer relevanten Jahrestagen dieses Jahres zuwenden, von Mozart über Heine, Ibsen, Freud bis hin zum Neandertaler.

Doch will ich das Thema „Exzellenzinitiative“ in den Mittelpunkt meiner Ausführungen stellen. Sie ist nicht einfach irgendein neues Förderinstrument. Sie ist in vieler Hinsicht etwas ganz anderes, das unsere Hochschul- und Forschungslandschaft in ungeahnter Weise verändern wird. Es handelt sich um ein Experiment größten Ausmaßes, an dem sich nicht nur aufzeigen lässt, was der Forschungslandschaft fehlt, sondern, viel wichtiger, wohin sie sich entwickeln und wie sie dabei weite Teile unserer Gesellschaft mitnehmen wird.

Ausgangspunkt der Exzellenzinitiative war eine Diskussion aus dem Jahr 2004 um das Thema Elite, das über lange Jahre hinweg in Deutschland nicht hoffähig gewesen war. In einem zunächst einmal nicht näher definierten Verfahren sollten anfangs eine, dann mehrere Universitäten als Eliteuniversitäten identifiziert und entsprechend gefördert werden. Vergleichsweise schnell wurde den Verantwortlichen klar, dass dies weniger nach Gutsherrenart, sondern nur in einem Wettbewerbsverfahren zu erreichen ist. Nun ist Wettbewerb natürlich nicht gleich Wettbewerb. Die Spielregeln sind unterschiedlich, im „Mensch-Ärgere-Dich-Nicht“ anders als beim Kegeln, am Anfang einer Innovationskette anders als an deren Ende, wenn nicht mehr die Wissenschaft, sondern das Produkt und das Marketing zählen. Die Regeln sind wiederum anders, wenn es allein um wissenschaftliche Exzellenz geht. Aber: Auch Forschungsergebnisse, Hypothesen und Theorien sind letztlich Produkte, die sich an einem Markt bewähren müssen, freilich nicht an irgendeinem, sondern eben an ihrem Markt, nämlich am Markt des neuen Wissens.

Den Wettbewerb um neues Wissen organisiert in Deutschland, neben anderen, die DFG. Zum Leistungsvergleich verwendet sie, wie andere auch, den *Peer Review*, also die Begutachtung und Bewertung von Anträgen auf Forschungsmittel durch Experten, wohlwissend, dass auch diese sich irren können. Dennoch ist das Verfahren ohne Alternativen, solange man merkt, wo der Markt endet und der Jahrmarkt beginnt.

Obwohl die DFG diesen Wettbewerb um wissenschaftliche Erkenntnis als Wettbewerb der Individuen, also letztlich als Qualitätsvergleich zwischen Forscherinnen und Forschern betreibt, wird ein solcher Wettbewerb heutzutage auch als Wettbewerb der Institutionen, ja der Regionen oder ganzer Länder gemacht, um nicht zu sagen, zweckentfremdet. Wer kennt sie nicht, die Nobelpreisstatistiken, die Ländervergleiche der Forschungs- und Entwicklungsausgaben, die Ranglisten der 100 besten Universitäten der Welt?

Das eigentlich Selbstverständliche, aber immer wieder Verdrängte an einem Wettbewerb ist die Tatsache,

dass es nicht nur Sieger gibt, sondern dass er auch Verlierer produziert. Während es Wissenschaftler in der Regel mit Max Planck halten, wonach eine Enttäuschung, wenn sie nur gründlich und endgültig ist, durchaus einen Schritt vorwärts bedeuten kann, und Ablehnungen deshalb akzeptieren, gilt dies für die Gesellschaft und für die Politik nur eingeschränkt. Meist gilt: Der Sieger lässt sich feiern, der Verlierer erklärt das Mess- oder Rankingverfahren für ungeeignet.

Vor vielen Jahren hat die DFG ihr eigenes Förderranking eingeführt. Die Ergebnisse erscheinen bald in der vierten Auflage. Wie schon in den vergangenen Jahren wird das Ranking, unter anderem, wieder einmal zu dem Schluss führen, dass etwa die Hälfte ihrer Gelder von der DFG an weniger als 20 Universitäten vergeben werden, von denen sich zwar nicht alle, aber auffallend viele im Süden der Republik befinden. Ähnlich unausgewogen erwies sich die Verteilung der nach der Vorrunde zur Antragstellung aufgeforderten Förderlinien der Exzellenzinitiative. Sie zeigt auffällige Parallelen zum Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben

der Bundesländer am Bruttoinlandsprodukt, der zwischen etwa vier Prozent in Baden-Württemberg und circa einem Prozent in Schleswig-Holstein schwankt. Beim Anteil der Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Wirtschaft liegt die Sache nicht anders. Wie der Stifterverband kürzlich mitgeteilt hat, arbeiten von den etwa 300 000 Menschen, die dort als Forschungs- und Entwicklungsmitarbeiter tätig sind, circa die Hälfte, also etwa 150 000, in Bayern und Baden-Württemberg, aber nur 930 in Mecklenburg-Vorpommern und etwa 3000, also ein Prozent, in Schleswig-Holstein. Für die Wirtschaft, für die es einmal wichtig war, in der Nähe billiger Transportwege oder günstiger Energieversorgung zu liegen, zählt augenscheinlich heute eher die Nähe zu wissenschaftlicher Qualität und Dichte.

All dies wäre nicht weiter tragisch, wenn sich dieser Nord-Süd-Gradient immer auch einmal verschieben würde und nicht immer nur nach Süden wiese. Aber wenn immer derselbe gewinnt, dann wird es nicht nur langweilig, dann stellt sich auch die Frage nach den Spielregeln. Was stimmt hier nicht? Wo wird der Wettbewerb gegebenenfalls verfälscht? Warum kann nicht auch einmal jemand anders Sieger werden?

Die Antwort auf diese Fragen ist so schwierig nicht. Da es bei der Forschung auch und vor allem um Geld geht, rücken hier der Föderalismus und seine Reform in den Blickpunkt. Im Grunde kann es in der Forschungsförderung nicht ohne den Bund gehen, und so sieht glücklicherweise der neue Artikel 91b des Grundgesetzes auch weiterhin die Gemeinschaftsfinanzierung

durch Bund und Länder vor. Darüber sind wir außerordentlich froh und dankbar. Sorgen macht mir der Hochschulbau. Die Mittel hierfür werden zwar zunächst den Bundesländern zweckgebunden gegeben, ab 2013 aber ohne Vorgaben gewährt. Ob gerade die ärmeren Bundesländer ihre Prioritäten in der Bildung und Forschung sehen und nicht doch stattdessen der Versuchung erliegen, diese Gelder anderweitig zu vergeben? Diese Gefahr ist nicht gering.

In diesen Gedanken kommt zum Ausdruck, dass zwischen den gegenwärtigen Bundesländern aufgrund der so grundsätzlich unterschiedlichen finanziellen Ausgangslage kein wirklicher Wettbewerb um Ressourcen aller Art, auch nicht um Ressourcen für die Forschung, stattfinden kann. Das Verhältnis Sieger/Verlierer in der Forschungsförderung wird sich daher erst dann wirklich umkehren können, wenn wir in Deutschland zu einer deutlichen Gebietsreform kommen und aus 16 Bundesländern nur noch wenige, vielleicht sechs übrig bleiben. Manchem mag dies wie eine Drohung klingen. Dem Föderalismus als Staatsform sind wir eine

solche Reform jedoch im Grunde schuldig, wenn wir ihn ernst nehmen und ihn nicht auf dem Altar des Regionalismus opfern wollen. Ich weiß, das Grundgesetz selbst hat einer solchen Neuordnung nahezu unüberwindliche Hindernisse gesetzt. Warum man dann aber die Zusammenarbeit auf unseren Feldern nicht wenigstens unmittelbar unterhalb des Grundgesetzes versucht, dies bleibt unsereinem verborgen.

Die verbreitete Kritik an den ersten Entscheidungen zur Exzellenzinitiative wegen der systembedingten Ungleichverteilung der ausgewählten Standorte blieb nicht die einzige an diesem ungewohnt neuen Unternehmen. Wen sollte es wundern? Man beklagt den Aufwand, den die Antragstellung kostet. Man hat Angst, dass die Länder das nötige Geld an anderer Stelle wegnehmen, obwohl Bayern und Baden-Württemberg versichert haben, dies nicht zu tun. Am meisten Kritik haben wir uns wahrscheinlich aus den Geisteswissenschaften eingehandelt. Nicht wenige ihrer Vertreter beklagen die zunehmende Ökonomisierung der Forschungslandschaft und prognostizieren einen zu Lasten der Geisteswissenschaften gehenden Verdrängungswettbewerb. Ganz allgemein ist von einer Krise der Geisteswissenschaften die Rede, in großer Zahl erscheinen Denkschriften zum Thema, für manche Fachvertreter wird die Klage zur Verklärung, man gefällt sich im Gedanken an die Niederlage oder gar am Niedergang. Ist der Kranke wirklich krank oder nur eingebildet krank?

Natürlich gab und gibt es Probleme. Allerorten werden in den Geisteswissenschaften Lehrstühle gestri-

Der Föderalismus und seine Reform bietet Chancen und Risiken für eine wirkungsvolle Forschungsförderung

chen, während die Zahl der Studierenden eher steigt. Man steckt bis über den Kopf in Hausarbeits- und Klausurkorrekturen, Evaluationen werden angesetzt, ohne den besonderen Leistungsparametern der Geisteswissenschaften gerecht zu werden. Glücklicherweise gibt es auch in dieser schwierigen Lage Fachvertreter, die den gegenwärtigen Zustand der Geisteswissenschaften auch als Chance empfinden. Man widerspricht offensiv und man sucht proaktiv nach Auswegen. In der Tat ist es schon beeindruckend, wie vergleichsweise geräuschlos der Arbeitsmarkt die große Zahl an offensichtlich gut ausgebildeten Absolventen dieser Fächer absorbiert oder wie dynamisch sich der Zuwachs an Erkenntnis in Grenzgebieten entwickelt hat, in der philosophischen Logik, der Archäologie oder der Anthropologie. Julian Nida-Rümelin¹ hat ganz korrekt auf die Bedeutung der Analyse von Kulturphänomenen hingewiesen, die den Naturphänomenen, also dem Gegenstand der Naturwissenschaften, in nichts nachstehen. Mit dem Verständnis von Naturphänomenen alleine ist beispielsweise der Suche nach den Ursachen von interkulturellen Konflikten kaum geholfen. „Das Machenkönnen allein nützt nichts,“ so Josef Kardinal Ratzinger in einem Aufsatz aus dem Jahr 2001², „das Machenkönnen allein nützt nichts, wenn wir nicht mehr wissen, wozu es dient, wenn wir nicht mehr fragen, wer wir sind und was die Wahrheit der Dinge ist.“

Wenn also die Bedeutung der Geisteswissenschaften im Grunde unbestritten ist, dann stellt sich vielleicht die Frage nach den richtigen Strukturen und Arbeitsformen. Nehmen wir einmal die so genannten „Kleinen Fächer“, auch „Orchideenfächer“ genannt, die unter besonderem Verdrängungsdruck vermutet werden. Wolfgang Klein und andere haben kürzlich geraten, sich doch einmal zu überlegen, „was denn eigentlich die grundlegenden Fragen sind, die sie – die ‚Kleinen Fächer‘ – gemeinsam beantworten möchten: Was sind die Prinzipien, nach denen ästhetische Wirkungen zustande kommen, nach denen Sprache funktioniert und menschliche Gesellschaften entstehen oder vergehen“³. „Warum sollten Fächer, in denen es um Religion geht“,

Die Geisteswissenschaften sind unverzichtbar – ihre Strukturen und Arbeitsformen bedürfen der Weiterentwicklung

so Dieter Langewiesche, „neben ihren traditionellen Studiengängen nicht gemeinsame religionswissenschaftliche Angebote entwickeln?“ Hat man wirklich nichts mehr miteinander gemein, oder gibt es sie doch noch, die gemeinsame Idee hinter den Fächern und Fachgebieten? Wer danach sucht, wer sich solchen Fragen stellt, dem müssen völlig neue Formen der Zusammenarbeit in den Blick kommen, dem müssen die Instrumente der Exzellenzinitiative gerade recht gekommen sein. In der Exzellenzinitiative gibt es weder thematische Vorgaben noch ein enges Korsett von kleinteiligen Strukturen. Gesucht wird, im Gegenteil, das große thematische Dach, unter dem sich Freiräume für den Einzelnen definieren lassen, die weit über das hinausgehen, was bisher üblich war. Einige haben den Ruf nach Einheit in der Vielfalt verstanden und entsprechend umgesetzt. Eine bloße Opferrolle verkennt Möglichkeiten und Sinn der Exzellenzinitiative und damit die wahren Absichten ihrer Urheber. Dies gilt um so mehr, als man in der DFG auf die sorgenvollen Stimmen zum Thema Geisteswissenschaften nicht erst

seit der Exzellenzinitiative hört. Wir arbeiten im Präsidium, im Senat und in der Geschäftsstelle seit Jahren daran, deren Arbeitsbedingungen zu verbessern. Ein Ergebnis dieser Bemühungen ist unsere Förderinitiative Geisteswissenschaften, über die unsere Förderinstrumente an die Bedürfnisse der Geisteswissenschaften angepasst wurden. Sie erlauben es nun, Zeit zu kaufen, sie ermöglichen Netzwerkstrukturen, anderswo in der Welt würde man von „Institutes of Advanced Studies“ sprechen. Aber das ist nicht alles: Dank über Jahre hinweg konstanter Anteile am DFG-Haushalt haben die Geistes- und Sozialwissenschaften auch an den Steigerungsraten dieses Haushalts der vergangenen Jahre voll teilgehabt. Zwischen 1998 und heute war das ein Zuwachs von über 30 Millionen Euro, von 170 Millionen Euro auf heute gut 200 Millionen Euro. Schließlich haben wir uns sehr stark dafür gemacht, dass das geplante neue Förderinstrument der EU für die Grundlagenforschung alle Fächer fördern wird, so wie wir es von der DFG kennen, also auch und insbesondere die Geistes- und Sozialwissenschaften.

Bedenkt man, dass auch die neue Bundesregierung, insbesondere Ministerin Frau Schavan, immer wieder auf die kulturfördernde Bedeutung der Geisteswissenschaften insgesamt hingewiesen hat, dann bin ich letztlich zuversichtlich, dass den Geisteswissenschaften in unserem Land ein Rahmen erhalten bleibt, der ihnen zu bleibender Blüte verhelfen sollte.

Doch zurück zur Exzellenzinitiative. Die Durchführung der Begutachtung der diversen Förderlinien wurde

¹ Julian Nida-Rümelin (2005). Sein Licht nicht unter den Scheffel stellen. Frankfurter Rundschau vom 10. Mai 2005, S. 11 ff.

² Josef Kardinal Ratzinger (2001). Weisheit – Unsere eigentliche Berufung. In: Was kommt, was bleibt, was geht. Herder, Freiburg im Breisgau.

³ Wolfgang Klein (2004). Auf der Suche nach den Prinzipien, oder: Warum die Geisteswissenschaften auf dem Rückzug sind. Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik 134, S. 19-43

zu einer Herausforderung der ganz besonderen Art. Weil nahezu jeder gute deutsche Wissenschaftler selbst Antragsteller ist und damit befangen wird, mussten wir vornehmlich ausländische Gutachter zu Rate ziehen. Obschon dies bei der DFG auch sonst nicht gerade selten ist, in diesem Umfang war es für uns neu.

Die zahlreichen ausländischen Gutachter haben mit einer gesund kritischen Distanz auf unser System geschaut, wobei sie auch mit Lob nicht geizten. Aber es war ihnen beispielsweise wichtig, dass es keine Rolle in dieser Initiative spielen darf, wo genau an einem Ort in einer gegebenen Region der eine oder andere Wissenschaftler angestellt ist. Ob der Dienstherr zweier Kollegen nun ein Max-Planck-, ein Leibniz- oder ein Universitätsinstitut vor Ort ist, war ihnen letztlich gleichgültig. Hauptsache, sie traten immer dann, wenn es die Sache verlangte, gemeinsam als Antragsteller auf. Damit waren diejenigen Antragsteller im Vorteil, die dort, wo dies möglich war, die Zusammenarbeit mit Einrichtungen der benachbarten Universität, aber vor allem auch mit der außeruniversitären Forschung gesucht haben. Das war und ist durchaus im Sinne vieler Beteiligten, denn auf diese Weise wird die viel beklagte Versäulung unseres Forschungssystems wenigstens im Ansatz überwunden. Wohin das führen wird? Mittelfristig möglicherweise zu einer lang überfälligen Neuordnung unseres Forschungssystems. Wer aufs Engste zusammenarbeitet, könnte sich die Frage stellen, warum er dann nicht zusammengehört. Die Exzellenzinitiative als wissenschaftsgetriebener Ansatz einer solchen Neuordnung wäre sicherlich etwas Unerwartetes und möglicherweise Überzeugenderes als alles andere, mit dem wir uns sonst auf diesem Felde versuchen.

Zwei andere Punkte waren unseren internationalen Gutachtern wichtig: die mangelnde Internationalität unseres Forschungssystems und unsere Probleme mit der Gleichstellung. Bleiben wir zunächst einmal bei der Internationalität. Die ETH Zürich zählt unter ihren Professoren etwa 60 Prozent Ausländer, davon die Hälfte Deutsche, die interessanterweise in der Mehrzahl aus den USA zurückberufen werden. Warum eigentlich nicht zu uns? Denn wenn die Max-Planck-Gesellschaft an ihren neu gegründeten Instituten in den neuen Bundesländern 40 Prozent ausländische Direktoren zählt, so zeigt dies, dass es im Prinzip auch hier in Deutschland funktionieren kann. Es ist schon ein Paradoxon. Wissenschaft, heißt es, kennt keine Grenzen. Schon Leibniz suchte und fand seine *Peers* nicht im Umland von Göttingen, sondern in Amsterdam und London, wo er sich mit Christiaan Huygens oder Isaac Newton auseinander setzte. Er versuchte sogar, mit dem damali-

Ausländische Gutachter beklagen die mangelnde Internationalität am Forschungsstandort Deutschland

gen Kaiser von China, Kangxi, zu korrespondieren und schickte ihm seine Rechenmaschine. Auch wir suchen heute unsere *Peers* in der ganzen Welt, wie allein schon die hohen siebenstelligen Summen zeigen, die die DFG für Kongressreisen vergibt. Wir leben diese Weltläufigkeit aber nicht genug zuhause, in unserem institutionellen Umfeld, wie es uns nicht nur die Schweizer, sondern auch die Amerikaner vormachen. Mehr als die Hälfte ihrer Forschungsleistungen lassen diese von Ausländern durchführen. Ich sage nicht, dass in unseren Laboratorien und Seminaren von nun an Mandarin gesprochen werden soll. Aber soviel Angst vor dem Wettbewerb wie derzeit brauchen wir nicht zu haben. Vergessen wir auch eines nicht: Nichts ist besser, um sein eigenes Chi-

nesisch aufzupolieren, als ein chinesischer Doktorand. Manchmal befindet sich das Ausland sogar mitten in unserem Land, und wir merken es nicht. Seit 1978 gibt es in Heidelberg das EMBL (European Molecular Biology Laboratory), eine der weltweit angesehensten Forschungseinrichtungen im Umfeld der Molekularen Biologie. Christiane Nüsslein-Volhard und Eric Wie-

schaus haben hier ihre Arbeiten zur Entwicklungsbiologie der Fruchtfliege durchgeführt, die 1995 zur Verleihung des Nobelpreises für Medizin führten. Das EMBL hat das Recht, eigene Doktorgrade zu verleihen, tut dies auf Wunsch der Doktoranden in der Regel aber zusammen mit den jeweiligen Herkunftsuniversitäten, mit denen es zu diesem Zweck Partnerschaftsabkommen schließt. 25 Universitäten haben inzwischen diesen Partnerstatus erlangt, darunter aber nur eine einzige in Deutschland, nämlich die Universität Heidelberg, und auch diese längst nicht als erste in diesem Programm. In Frankreich, Portugal oder den Niederlanden war man da viel schneller. Warum sich andere deutsche Universitäten nicht um ein solches Ehrenzeichen, Partneruniversität des EMBL zu sein, bewerben, ist rätselhaft, hängt aber mit der mangelnden Einsicht in die Bedeutung solcher Aushängeschilder zusammen.

Oder nehmen wir die Lindauer Nobelpreisträgertragung. Seit 1951 kommen hier jährlich etwa 25 Nobelpreisträger mit circa 500 bis 700 Studierenden zusammen. Wie hat der deutsche akademische Betrieb diese wunderbare Einrichtung in den letzten Jahrzehnten wahrgenommen? Kaum, um ehrlich zu sein. Die Einladung an die Studierenden wurde zwar am Schwarzen Brett des Dekanats aufgehängt, aber das war es dann auch schon. Im letzten Jahr kamen Harvard und Stanford auf die Idee, dieses Juwel nach Amerika zu holen. Da der Name Lindau nicht geschützt ist, wäre um Haarsbreite diese einzigartige Institution in den USA gelandet. Lindau an der Bucht von San Francisco! Dem

internationalen Kuratorium und dem Stiftungsrat der Lindauer Nobelpreisträgertagung ist es zu verdanken, in kürzester Frist einige große Stiftungen und Unternehmen dieses Landes und des umliegenden Auslandes zu gewinnen, darunter auch die Bayerische Staatsregierung, und auf die besondere Bedeutung dieses Unternehmens für den Forschungsstandort Europa, aber natürlich auch Deutschland, aufmerksam zu machen. Nun wird endlich ein Stiftungsfonds aufgebaut, um das Treffen auf ein solides Fundament zu stellen.

Die DFG übrigens gewährt diesem Treffen nicht nur seit Jahren finanzielle Unterstützung, sie hat auch im Rahmen ihrer internationalen Aktivitäten einen Mechanismus entwickelt, jeweils 25 chinesische und 25 indische Doktorandinnen und Doktoranden zu diesem Treffen zu schicken. Sie werden von uns unter der Aufsicht eines Vizepräsidenten handverlesen in ihren Heimatländern ausgesucht und nach dem einwöchigen Treffen in Lindau jeweils noch eine weitere Woche lang zu besonders guten Instituten und Forschungszentren begleitet. Nicht wenige davon sind inzwischen als Postdoktoranden zurückgekehrt, als Botschafter ihrer Länder und, umgekehrt, Botschafter des deutschen Forschungssystems in ihrem Land.

Eines muss uns angesichts dieser und anderer Beispiele klar werden. Das System braucht solche und andere Solitäre, in denen sich die wissenschaftliche Exzellenz zu verdichten vermag. Exzellenz aber entwickelt immer Zentrifugalkräfte, nicht nur in der Wissenschaft, nämlich immer dann, wenn sie sich nicht wohl fühlt, weil sie nicht die notwendige Aufmerksamkeit erfährt. Nichts ist in diesen globalen Zeiten sicher und selbstverständlich. Der Phantasie der Wettbewerber sind keine Grenzen gesetzt, aber, gottlob, unserer eigenen auch nicht.

Schließlich haben die internationalen Gutachter ihren Finger noch auf eine weitere Schwäche unseres Forschungssystems gelegt: den Umgang mit Fragen der Gleichstellung. Wer die Internetseite der DFG aufruft, erfährt von den vielfältigen Bemühungen der DFG, die Arbeitsmöglichkeiten des weiblichen wissenschaftlichen Personals zu verbessern. Die Förderung von Frauen wurde sogar in der Satzung der DFG verankert. In der Geschäftsstelle selbst sind die Verhältnisse inzwischen so gut, dass wir uns Gedanken darüber machen müssen, in Zukunft wieder ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis herzustellen und mehr Männer einzustellen. Doch hapert es bei den Bewilligungen an Akademikerinnen oder bei der Zusammensetzung unserer Gremien – nur sieben von 39 Senatoren sind weiblich und darunter keine aus den Natur- und Ingenieurwissenschaften.

Letztlich können wir jedoch nicht viel besser sein als das System, und dessen Zustand kann diesbezüglich nur als jammervoll bezeichnet werden. Manche Leute glauben noch immer, es reiche, einer Wissenschaftlerin aus DFG-Mitteln ein paar Euro für die Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen. Die ausländischen Gutachter in der Exzellenzinitiative haben ob solcher Naivität nur den Kopf geschüttelt und eine Systemänderung angemahnt. Dass diese notwendig ist und wir auf diesem Felde auch radikale Lösungen, wie etwa Quotenregelungen, vorsehen müssen, wie kürzlich die Universität Genf entschieden hat, dies wird mir immer klarer. Ansonsten würden wir beim jetzigen Veränderungstempo bestenfalls zum Ende dieses Jahrhunderts den Anteil von Forscherinnen

Bei der Gleichstellung von Mann und Frau in der Wissenschaft sind durchgreifende Lösungen immer mehr gefragt

in Führungspositionen erreichen, den unsere OECD-Partnerländer schon heute erreicht haben. Man hat immer gesagt, dass Frauen doppelt so gut sein müssten wie Männer, um wenigstens als halb so gut empfinden zu werden. Eigentlich ist das gar nicht so schwierig. Die Ratschläge der Gutachter zur Verbesserung dieser und anderer Rahmenbedingungen unseres Forschungssystems waren auch deshalb wichtig, weil wir auch in Europa vor großen Veränderungen stehen. Erstmals wird mit dem 7. Rahmenplan der Europäischen Kommission eine Förderorganisation gegründet, die von der Wissenschaft selbst verwaltet werden und ihre Förderentscheidungen allein auf der Basis von wissenschaftlicher Exzellenz treffen soll. Ein *juste-retour* oder Kohäsionsrücksichten soll es nicht geben, also eine Art europäische DFG. Der Start am 1. Januar 2007 erscheint aus heutiger Sicht gesichert. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Der European Research Council oder ERC, wie es abgekürzt heißt, wird keine Rücksicht auf nationale Prioritäten, auf nationale Stärken und vor allem Schwächen nehmen. Insofern kam die Exzellenzinitiative gerade zur rechten Zeit, indem sie den Anspruch erhebt, die Stärken in unserem Land noch zu stärken und uns damit noch besser für den internationalen Wettbewerb zu rüsten, einen Wettbewerb, dem das System sich nie zuvor in dieser Schärfe zu stellen hatte.

Insgesamt gesehen ist unser Bildungs- und Forschungssystem wahrscheinlich besser als sein Ruf. An Glanzpunkten herrscht kein Mangel, aber es gibt viel zu tun, insbesondere bei den Hochschulen. Nie war die Bewegung dort so groß wie heute. Der Ruck, den Roman Herzog in seiner Rede vom 26. April 1997 forderte, dieser Ruck hat nun in Form eines Erdbebens stattgefunden. Dabei gibt es, wie immer bei schnellen Bewegungen, Nachbeben, Unausgewogenheiten, Diskontinuitäten und Ungerechtigkeiten. Im Interesse des Ganzen müssen wir dies in Kauf nehmen.

Die Qualitätsunterschiede zwischen den Universitäten sind jetzt schon groß. Sie werden durch die Exzellenzinitiative weiter wachsen. Und nicht nur das, sie werden nun auch öffentlich benannt. Das System wird sich weiter ausdifferenzieren. Neben reinen Forschungsuniversitäten, die sich auch in der Ausbildung an den Anforderungen moderner wissenschaftlicher Forschung ausrichten, wird es solche geben, die dies nur ansatzweise und in einzelnen Fächern versuchen, solche, die diesen Anspruch erst gar nicht anstreben, und solche, die ihre Stärke eher in der Praxisorientierung suchen. Dementsprechend werden sie internationale, nationale oder auch nur regionale Bedeutung haben. Diese Entwicklung muss nicht im Widerspruch zu der berechtigten Forderung stehen, unsere Hochschulen Studierenden aller gesellschaftlichen Schichten zu öffnen. Es ist keine Frage: Wir wären gut beraten, allen Absolventen eines Jahrgangs diejenigen Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten, die ihrer jeweiligen intellektuellen Kapazität angemessen sind. Dies aber ist der Punkt: Die 40 bis 50 Prozent eines Jahrgangs, die in Zukunft studieren sollen, sind unterschiedlich begabt. Das menschliche Potenzial, um 90 Spitzenuniversitäten in Deutschland zu bedienen, ist schlichtweg nicht vorhanden. Also muss es Differenzierungsprozesse unter den Universitäten geben, und ihr jeweiliger Status muss auch bekannt sein, damit jeder weiß, was von ihm erwartet wird. Auch dadurch könnten die hohen Abbrecherquoten wieder sinken. Diejenigen Universitäten, deren staatliche Verwaltungen sich zurücknehmen und ihnen die notwendigen und vor allem richtigen, also forschungsadäquaten Freiräume gewähren und die auch ihre inneren Entscheidungsstrukturen entsprechend anzupassen in der Lage sind, werden am Ende in der Weltliga spielen.

Sie werden dazu auch gezielt investieren müssen, und nicht nur in einen einzigen Bereich, sondern in mehrere gleichzeitig, damit es zu den notwendigen Synergien zwischen den Fächern kommt. Viel, sehr viel Geld wird dabei in die Hand genommen werden müssen. Die Budgets deutscher Regionaluniversitäten und der ETH Zürich, die zu den 30 besten der Welt gehört, unterscheiden sich um einen Faktor von mindestens sieben, wenn nicht zehn – statt 100 Millionen Euro pro Jahr für eine Universität mit circa 12 000 Studierenden also mindestens 700 Millionen Euro. So beunruhigend, weil unrealistisch, dies klingen mag, so verbreiten doch zweierlei Einsichten Baldrian. Zum einen müssen wir uns vor Augen führen, dass es unter den 30 besten Universitäten dieser Welt bestenfalls eine oder zwei mit diesem Anspruch in Deutschland geben kann. Zum anderen

Die Qualitätsunterschiede zwischen den Hochschulen werden durch die Exzellenzinitiative weiter wachsen

braucht dieser Qualifikationsprozess sehr viel Zeit. Eine Universität, die in der Exzellenzinitiative in allen drei Förderlinien obsiegt, erreicht mit den zusätzlichen 30 Millionen Euro pro Jahr deswegen noch lange nicht automatisch die Weltspitze. Dieses Gütesiegel muss man sich über Jahre hinweg erst verdienen. Mit dem Erfolg in der Exzellenzinitiative ist gewissermaßen das Basislager des Mount Everest erreicht. Dann beginnt der Aufstieg über diverse Zwischenlager bis zum Gipfel. Diesen können nicht alle erreichen, denn Sauerstoffflaschen für den Gipfelsturm gibt es nur für einige wenige.

Helfen wird den in der Exzellenzinitiative erfolgreichen Universitäten bei diesem langen und beschwerlichen Aufstieg noch ein einzigartiger Umstand, nämlich

die Bereitschaft der Geldgeber, erfolgreichen Antragstellern in der Exzellenzinitiative zusätzlich 20 Prozent der Bewilligungssumme als Beitrag zu den indirekten Projektkosten zu gewähren. Machen wir uns nichts vor: Wer heute ein größeres Forschungsprojekt beginnen will, wird von seinen Fakultätskollegen meist schräg angesehen, weil diese wissen, dass angesichts der

Unterfinanzierung der Hochschulen wenig oder nichts zu verteilen ist. So werden sie versucht sein, Kolleginnen und Kollegen zu berufen, die weniger drittmittelaktiv sind. Diesen Teufelskreis zu durchbrechen, versucht die Exzellenzinitiative mit den zusätzlich gewährten indirekten Projektkosten.

Andere Länder haben ein solches Belohnungssystem schon vor Jahren eingeführt. Für unser System wird es daher wichtig werden, diesen Bonus auf alle Verfahren der DFG auszudehnen, sonst entstünde ein Zweiklassensystem, dass mit der Exzellenzinitiative in einem Fall Exzellenz durch diese Zusatzzahlungen belohnt, im anderen Fall nicht. Es gibt aber nur eine Art von Exzellenz. Exzellenz ist Exzellenz. Dass die Bundesregierung bereit ist, diesem Mangel ab kommendem Jahr abzuwehren, ist daher für unser Forschungssystem ein weiteres, viel versprechendes Signal. Ich appelliere an die Länder, sich diesem Angebot nicht nur nicht entgegenzustellen, sondern es mit Nachdruck zu unterstützen. Die andauernde Diskussion um dieses Thema zeigt mir, dass mit der Exzellenzinitiative eben die Investitionen in das lange so vernachlässigte Hochschulsystem nicht beendet sind.

Zum Jahresende scheidet ich aus diesem Amt mit verhaltenem Optimismus. Hut ab vor dem, was derzeit die akademische Welt leistet. Es wird daher Zeit, dass über unser Hochschul- und Forschungssystem endlich anders geredet wird als bisher. Schlechtreden kann ein Ausmaß erreichen, das lähmend wirkt und sogar wettbewerbschädigend ist. Einmal mehr lohnt es, sich Winston Churchill zum Vorbild zu nehmen. Seine große Rede in

Fulton, Missouri, im Jahr 1946, in der er den „Eisernen Vorhang“ beschrieb, der über Europa herniedergegangen sei, diese Rede überschrieb er nicht etwa mit dem Titel „Eiserner Vorhang“, sondern mit dem Titel „Die Herausforderungen des Friedens“. So spricht jemand, der Herausforderungen als Ansporn empfindet, der Auswege, Alternativen und Lösungen zu finden bereit ist.

Wir in der DFG wollen diesem Beispiel folgen und dabei nicht vergessen, dass wir dies nicht alleine vermögen. Ich möchte also Dank sagen: unseren Geldgebern von Bund und Ländern dafür, dass sie zusätzlich 1,9 Milliarden Euro in das Forschungssystem einzuspeisen

bereit waren und dafür die Dienste der DFG und die des Wissenschaftsrats in Anspruch genommen haben. Diese Geldspritze war angesichts des Zustands der öffentlichen Kassen nicht selbstverständlich und ist Ausdruck der Einsicht, dass wir auf diesem Felde großen Nachholbedarf haben. „Die Sachen“, so Heinrich Heine, „die Sachen geschehen nicht des Geldes wegen, aber es gehört Geld dazu, um sie in Gang zu bringen.“ Dies ist aber auch Signal für alle Beteiligten des Systems, den Vertrauensvorschuss nun optimal zu nutzen. Da wir die Zukunft nicht kennen, ist dies zweifellos ein Wagnis. Aber echte menschliche Kultur muss eben auch schon einmal etwas wagen.

Rahmenbedingungen für die Spitzenforschung

von Staatsminister Thomas Goppel

Ihre Anwesenheit, verehrte Frau Bundeskanzlerin, adelt diese Festveranstaltung und zeigt, welche Bedeutung die Bundesregierung der Förderung von Wissenschaft und Forschung beimisst. Es ist mir eine große Ehre und Freude, Sie im Namen des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber heute in München begrüßen zu dürfen. Als zuständiger bayerischer Minister für Wissenschaft und Forschung freue ich mich ebenso Frau Bundesministerin willkommen zu heißen: Sie, geehrte Frau Dr. Schavan, setzen mit ihrem 6 Milliarden Euro-Programm für Forschung und Entwicklung *buchstäblich* „Neue Impulse für Innovation und Wachstum“. Das gibt uns Mut und Zuversicht für die Zukunft des Wissenschaftsstandortes Deutschland. Dabei darf ich Ihnen versichern: Bayern wird den gemeinsamen Weg zu Innovation und Wachstum als verlässlicher Partner begleiten!

Doch nicht nur im Namen des Bayerischen Ministerpräsidenten darf ich Sie heute begrüßen: Stellvertretend für die Präsidentin, Frau Ute Erdsiek-Rave, überbringe ich Ihnen auch die Grüße der Kultusministerkonferenz. So möchte ich im Namen *aller* Wissenschaftsminister der DFG und jedem, der sich in dieser Forschungsgemeinschaft von Weltruf engagiert, Dank und Anerkennung auszusprechen. Damit verbinden sich zugleich unsere großen und begründeten Erwartungen in eine weitere gute Zusammenarbeit!

An dieser Stelle möchte ich auch Herrn Professor Matthias Kleiner meine Glückwünsche aussprechen, der für die Amtszeit von 2007 bis 2009 zum Präsidenten der DFG gewählt wurde: Ihnen, Herr Professor Kleiner, Gratulation und alles Gute! Was wir Ihnen und uns wünschenden, ist Folgendes:

- dass Sie Bewährtes – wie die Sonderforschungsbereiche – fortsetzen,
- dass Sie Tradiertes – wie die Förderung von Forschergruppen – aktuellen Entwicklungen anpassen
- und dass Sie Neues – wie die Exzellenzinitiative – weiterentwickeln.

Viel Erfolg und Gottes Segen für Ihre Amtszeit!

Sehr geehrte Damen und Herren, die DFG ist ein wichtiger Partner der Hochschulen und der Politik in mehrfacher Hinsicht:

- als Drittmittelgeber und damit Forschungsförderer,
- als Initiator wettbewerblicher Verfahren
- und als Impulsgeber für die Weiterentwicklung der Qualitätsfeststellung.

Die Verfahren der DFG gelten über Deutschland hinaus als vorbildlich, weil sie wissenschaftsgeleitete Qualität definieren und im Wettbewerb fördern. Die Evaluation von Forschungsleistungen erhält auch im europäischen Kontext wachsende Bedeutung. Auch hier soll und wird man sich an den Instrumentarien der DFG

orientieren. Denn für EU-Gelder zur Grundlagenforschung gilt ebenfalls: Nicht nach regionalen oder anderen Ausgewogenheitskriterien soll eine Förderung erfolgen, sondern nach Exzellenzkriterien.

Qualität und Wettbewerb gehen Hand in Hand. Gerade der Exzellenzwettbewerb profitiert von den Erfahrungen der DFG bei der Förderung von Spitzenforschern und Spitzenprojekten. Dieser Wettbewerb hat Signalwirkung auch für *diejenigen*, die nicht zu den Gewinnern gehören. Und er stärkt in der Öffentlichkeit das Bewusstsein vom Potenzial unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Exzellenz in der Spitze und Qualität in der Breite – das sind die Antworten auf Herausforderungen, vor denen Wissenschaft und Politik stehen. Diese Herausforderungen lassen sich zusammenfassen mit den Stichworten:

- internationale Wettbewerbsfähigkeit in Forschung und Lehre,
- wachsender Bedarf an qualifizierten Absolventen und Nachwuchswissenschaftlern,
- rascher Innovationstransfer.

Verehrte Festversammlung, über die Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für unsere Gesellschaft besteht allseits Einvernehmen. Über die Notwendigkeit, verstärkt in diesen Bereich zu investieren, *ebenso*. Im Lissabon-Prozess werden die Bemühungen der Politik um die Wissenschaft daran gemessen, bis 2010 für

Forschung und Entwicklung 3 % des BIP aufzuwenden. Deutschland hat sich u.a. auf dem Europäischen Rat im März zu diesem 3 %-Ziel bekannt – sowohl auf europäischer Ebene als auch für den nationalen Haushalt. Bund und Länder werden dieses Ziel nur in *gemeinsamer* und *kontinuierlicher* Anstrengung erreichen können. Aber es ist der richtige Weg für die Zukunft unseres Landes.

Denn Hochschulen und Politiker müssen auch weiter darüber nachdenken,

- wie wir die Rahmenbedingungen verbessern,
- wie wir für das Ansehen der Hochschulen und Forschungseinrichtungen in der Öffentlichkeit werben
- und wie wir die Leistungen unserer Hochschulen auch international festigen können.

Die DFG ist dafür ein exzellenter, verlässlicher und hoch engagierter Partner. Sie kann und wird mit ihrem Förderhandeln in bewährter Weise zur Entwicklung und Sicherung von Exzellenz beitragen. Die DFG wird helfen, Leistungen vielfältig sichtbar zu machen. Ihr Erfolg ist in unser *aller* Interesse.

Wir sind nur dann stark, wenn wir alle zusammen helfen: die Länder, der Bund, die Hochschulen, die Forschungseinrichtungen und die Wirtschaft. Lassen Sie uns also mit dem Mut, den Sie uns, verehrte Frau Bundeskanzlerin, gemacht haben, gemeinsam die Zukunft gestalten!